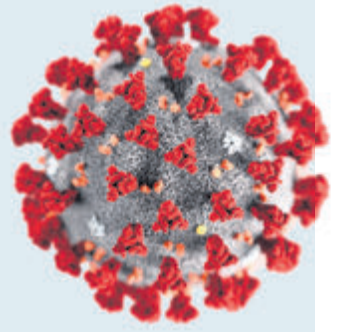


## Das Wichtigste in Kürze – Regeln ab Montag, 14 Juni:

- Die **Sperrstunde in der Gastronomie um 23 Uhr** wird aufgehoben.
- **Private Treffen** im Familien- und Freundeskreis sind neu mit bis zu **50 Personen** erlaubt (innen und aussen)
- **Veranstaltungen** sind mit bis zu **300 Personen** möglich.
- Die **Abgabe von Speisen und Getränken** bleibt verboten.
- Die **generelle Maskenpflicht** bei Veranstaltungen im Freien wird aufgehoben.
- Die **Kapazitätsgrenze** für Kinos und Theater besteht nicht mehr. Allerdings ist ein Abstand von 1,5 Meter zwischen den Stühlen oder ein freier Platz zwischen den Gruppen weiterhin zwingend.



# Ab Montag wird Sperrstunde aufgehoben

Aufgrund der aktuellen Lage hat die Regierung gestern weitere Lockerungen beschlossen, die ab kommendem Montag in Kraft treten.

Mirjam Kaiser

«Unsere aktuellen Lockerungen setzen bei den Veranstaltungen und der Gastronomie an», sagte Gesundheitsminister Manuel Frick gestern vor den Medien. So sind ab Montag wieder Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen erlaubt, sowohl im Innen- als auch im Aussenbereich. Die Kapazitätsbeschränkung von bisher 50 Prozent für Kinos oder Theatersäle wurde aufgehoben. Dabei muss allerdings weiterhin ein Abstand von 1,5 Meter zwischen den Stühlen oder ein freier Sitzplatz zwischen Personengruppen eingehalten werden. Während im Innenbereich weiterhin Masken getragen werden müssen, fällt diese im Freien. Private Veranstaltungen sind neu mit bis zu 50 Personen möglich statt mit bisher zehn. «Dies ist eine deutliche Erleichterung», so Manuel Frick. Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen bleibt weiterhin verboten.

### Regeln in der Gastronomie bleiben bestehen

Die meisten Regeln in der Gastronomie bleiben bis auf weiteres in Kraft: So herrscht weiter-



Regierungsrat Manuel Frick und Regierungschef Daniel Risch informierten gestern über die weiteren Lockerungsschritte.

Bild: ikr

hin eine Sitzpflicht mit Abstand zwischen den Gästegruppen, eine Maskenpflicht, wenn man nicht am Tisch ist, und es dürfen maximal sechs Personen an einem Tisch platziert werden. Die einzige weitreichende Änderung: Ab Montag wird die Sperrstunde in der Gastronomie aufgehoben. Auf die Frage

eines Lesers, ob die Sperrstunde nicht schon am Freitag zu Beginn der Fussball-EM fallen könne, meinte Regierungschef Daniel Risch bestimmt: «Eine Sache, von der sich die Regierung nicht leiten lässt, wenn es darum geht, gesundheitspolitische Entscheidungen zu fällen, sind Anlässe wie EM-Spiele.»

Und Gesundheitsminister Manuel Frick ergänzte: «Manchen geht es zu schnell, manchen kann es nicht schnell genug gehen.» Nun sei die Regierung bereits vom ursprünglichen Fahrplan abgewichen und schneller unterwegs. «Doch auch wenn schnellere Öffnungsschritte möglich sind, ist

es uns wichtig, dass nichts überhastet wird.» Die Einhaltung der 3-Wochen-Frist sei der Regierung weiterhin äusserst wichtig, weil sich das individuelle Verhalten stets verzögert auswirke.

### Maskenpflicht soll ab Juli in Büros aufgehoben werden

Die Abgabe von Speisen und Getränken bei Veranstaltungen bleibt weiterhin verboten. Sofern es die Lage zulässt, soll das Konsumationsverbot aber Anfang Juli aufgehoben werden, wie Daniel Risch sagte. Darüber wird am 29. Juni entschieden. Zudem sollen ab dem 5. Juli – ebenfalls abhängig von der aktuellen Lage – Veranstaltungen bis 1000 Personen möglich sein. Ebenso soll die Maskenpflicht am Arbeitsplatz aufgehoben werden. «Aber auch hier nur, sofern sich die Situation nicht verschlechtert», so Daniel Risch. Die Maskenpflicht falle vorerst nur dort weg, wo der Abstand gewährleistet sei. Bei Berufen mit Körperkontakt werde die Maskenpflicht noch länger Thema bleiben, so Daniel Risch. Ob die Maskenpflicht in der Gastronomie falle, werde derzeit noch diskutiert.

Eine weitere Frage, die noch vage blieb, ist, ob es auch bei uns zu Privilegien für Geimpfte kommt. «Eine Erleichterung liegt auf der Hand; nämlich die, dass man sich mit der Impfung das regelmässige Testen für Grenzübertreite und Reisen sparen kann», so Manuel Frick. Und Regierungschef Daniel Risch ergänzte: «Das wichtigste Privileg ist, dass man mit grosser Sicherheit nicht ernsthaft erkrankt.» Ansonsten seien bei uns bisher keine Privilegien angedacht, ausser, dass geimpfte Personen nicht mehr in Quarantäne müssen.

### Privilegien für Geimpfte werden noch geprüft

Wie in der Schweiz wird auch bei uns weitestgehend auf ein Impfsertifikat verzichtet. Ein Einsatz bei Grossveranstaltungen werde allerdings auch hier geprüft. Sollten aber die Zahlen wieder ansteigen und es stünden Schliessungsschritte bevor, könnten Impfprivilegien wieder aktuell werden, so Daniel Risch. Mit dieser Aussicht und im Hinblick auf den Fremd- und Selbstschutz appellierten beide Regierungsmitglieder nochmals an alle, sich impfen zu lassen.

## Zwei Motionen und der Rechenschaftsbericht prägen die Session

Der neue Landtag trifft sich zur zweiten Arbeitssitzung. Nach der Aufwärmrunde im Mai gibt es dieses Mal mehr Diskussionsstoff.

Besucher sind im Landtag weiterhin keine zugelassen. Einzige Lockerung bei den Coronamassnahmen: Die Abgeordneten müssen die nächsten drei Tage keine FFP2-Schutzmasken tragen – einfache Masken tun es ab jetzt auch. Zudem werden die Abgeordneten ihr Mittagessen wieder im Restaurant einnehmen.

Auch inhaltlich ist die zweite Arbeitssitzung etwas reichhaltiger als die Aufwärmrunde im Mai-Landtag. Geprägt wird die Session von zwei Motionen der VU-Fraktion und der Behandlung des Rechenschaftsberichts der Regierung. Gespannt darf man auf die Haltung des Landtags zum «Casino-Boom» sein. Insgesamt hat der Landtag vor der Sommerpause 38 Traktanden abzuarbeiten. (sap)

### Sollen 16-Jährige künftig wählen dürfen?

Traktandum 4

Die **Junge Liste** hat am 10. Mai die «**Petition für ein aktives Wahlalter 16**» mit **1154 Unterschriften** eingereicht. Landtagspräsident Albert Frick meinte damals: «Das finde ich positiv: **junge Leute, die Gas geben.**» Ob der Inhalt der Bittschrift auch vom Landtag so positiv aufgenommen wird, ist fraglich. **Österreich senkte das Wahlrechtsalter bereits 2007** auf 16 Jahre. Auch in Malta darf man bereits früher an die Urne.

### Prognose

Die **Skepsis** gegenüber dem Anliegen ist im Landtag **zu gross**. Deshalb ist **nicht mit einer Überweisung** zu rechnen.

### Wie soll die «Casino-Flut» gebremst werden?

Traktandum 5

Die **VU-Fraktion** hat eine **Motion** unter dem Titel «**Casino-Boom**» eingereicht. Damit möchte sie die Regierung beauftragen, Massnahmen zu ergreifen, um die **Eintrittshürde für neue Casinos** in Liechtenstein zu **erhöhen**. Eine konkrete Forderung bringt die Fraktion aber nicht ein. Die **Regierung hätte damit den vollen Spielraum** und zwei Jahre Zeit, dem Landtag einen Vorschlag zu unterbreiten.

### Prognose

Eine **unmittelbare Änderung** bringt die **Motion nicht**. Man vergibt sich aber auch nichts. Deshalb wird der Vorstoss **überwiesen**.

### Härtere Strafen für Kindsmisbrauch?

Traktandum 6

Ebenfalls mit einer **Motion** will die **VU-Fraktion** die Regierung beauftragen, das **Strafmass** beim sexuellen Kindsmisbrauch und dem Besitz von kinderpornografischem Material zu **erhöhen**. Die **Strafen würden heute zu viele Rücksichten auf die Täter** nehmen. «Die Strafen, welche die Gerichte in diesen Fällen verhängen, sollten eine adäquate Sühne darstellen und ihnen sollte auch eine **präventive Wirkung** zukommen», so die VU.

### Prognose

Die **Motion wird überwiesen**. Und dies wahrscheinlich mit mehr als 20 Stimmen.

### Die Regierung legt Rechenschaft ab

Traktandum 14

Jedes Jahr im Juni-Landtag wird der **Rechenschaftsbericht** der Regierung diskutiert und die **Landesrechnung** genehmigt. Im **über 530 Seiten starken Bericht** werden sämtliche Tätigkeiten des Landtags, der Regierung und der Gerichte im vergangenen Jahr zusammengefasst. Ebenfalls darin enthalten ist die Landesrechnung mit allen Detailkonten. **Nicht gerade ein Krimi, aber trotzdem interessant.**

### Prognose

Bei so vielen Informationen gibt es **immer auch sehr viele Fragen**. Wir rechnen mit einer **Beratungszeit von mehr als drei Stunden**.

### Eine Post für Gemeinden mit 4000 Einwohnern?

Traktandum 33

Dieser Traktandenpunkt ist einer **Petition zum Erhalt der Post in Triesen** an ihrem bisherigen Standort zu verdanken. Die VU-Fraktion stellte erfolgreich den Antrag, dass die Regierung prüfen soll, die Beteiligungsstrategie der Liechtensteinischen Post AG wie folgt zu ändern: «**Für Gemeinden mit über 4000 Einwohnern ist eine vollumfängliche Poststelle zu betreiben.**» Die Regierung sprach sich dagegen aus.

### Prognose

Der Landtag wird sich **mehrheitlich der Regierungsmeinung anschliessen**. Damit kann die Akte Post Triesen geschlossen werden.